



Rechtsprechungsübersicht aktuell

Ausgabe Mai 2018

Inhaltsübersicht

Zivilsenate

1. 11 U 41/17 **Urteil vom 19.01.2018**
Ablehnung der Kostenübernahme durch Beihilfestelle für eine Liposuktion bei einem Lipödem
2. 26 U 72/17 **Urteil vom 02.02.2018**
grober Behandlungsfehler, Wegfall der Beweislastumkehr, Patient missachtet ärztlichen Rat
3. 32 SA 4/18 **Beschluss vom 11.04.2018**
Gerichtsstandbestimmung, Prozesskostenhilfverfahren, Urheberrechtsstreitigkeit, Verweisung, bindend, nationale Zuständigkeit
4. 32 SA 5/18 **Beschluss vom 09.04.2018**
Gerichtsstandbestimmung, Kompetenzkonflikt, formlose Abgabeverfügung, Vollstreckungsschutzantrag, Vollstreckungsgegenklage

Familiensenate

1. 2 UF 183/17 **Beschluss vom 15.02.2018**
Scheidungsfolgenvereinbarung
2. 9 UF 168/17 **Beschluss vom 20.11.2017**
Verfahrensbeistand, Aufhebung, Zurückverweisung

Strafsenate

1. **1 Vollz (Ws) 403-404/17 Beschluss vom 30.11.2017**
Strafvollzug, Beendigung der Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Einrichtung; Amtsaufklärungspflicht der Strafvollstreckungskammer
2. **1 Vollz(Ws) 450/17 Beschluss vom 28.11.2017**
Strafvollzug; Verlegung in den offenen Vollzug; Begriff der Maßnahme im Sinne der §§ 109 ff. StVollzG
3. **1 Vollz(Ws) 471/17 Beschluss vom 28.11.2017**
Erledigung in der Hauptsache, Verlegung in eine andere Anstalt, Antrag Dritter, Verweisung des Verfahrens an die zuständige Strafvollstreckungskammer
4. **1 Ws 561 und 568/17 Beschluss vom 19.12.2017**
Führungsaufsicht, strafbewehrte Weisung, Anzeige des Wohnsitzwechsels, Meldepflicht bei der Agentur für Arbeit, Bestimmtheitsgebot
5. **4 (s) Sbd. I 1/18 Beschluss vom 25.01.2018**
Verfahrensverbindung, Grundsatz der Spezialität
6. **4 RBs 24/18 Beschluss vom 15.02.2018**
Verfahrensrüge, Verfahrenshindernis, Verfahrensvoraussetzung, Sachrüge, Auslegung, Rechtsmittel
7. **4 RBs 491/17 Beschluss vom 25.01.2018**
Ladungssicherheit, Halter, Kontrolle
8. **4 Ws 1/18 Beschluss vom 27.02.2018**
Klageerzwingungsverfahren, Prozesskostenhilfe, Frist, Formblatt

Zivilsenate

zu 1: 11 U 41/17 Urteil vom 19.01.2018
Ablehnung der Kostenübernahme durch Beihilfestelle für eine Liposuktion bei einem Lipödem

Im Jahre 2015 waren die Kosten für eine Liposuktion nicht beihilfefähig, so dass die unzureichende medizinische Klärung des Vorliegens eines Lipödems durch die Beihilfestelle für die Ablehnung der beantragten Kostenübernahme der Liposuktion nicht ursächlich geworden ist.

zu 2: 26 U 72/17 Urteil vom 02.02.2018
grober Behandlungsfehler, Wegfall der Beweislastumkehr, Patient missachtet ärztlichen Rat

Die mit einem groben ärztlichen Behandlungsfehler verbundene Beweislastumkehr kann entfallen, wenn ein Patient in vorwerfbarer Weise ärztliche Anordnungen oder Empfehlungen missachtet, so eine mögliche Mitursache für den erlittenen Gesundheitsschaden setzt und dazu beiträgt, dass der Verlauf des Behandlungsgeschehens nicht mehr aufgeklärt werden kann.

(redaktioneller Leitsatz der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm)

zu 3: 32 SA 4/18 Beschluss vom 11.04.2018
Gerichtsstandbestimmung, Prozesskostenhilfverfahren, Urheberrechtsstreitigkeit, Verweisung, bindend, nationale Zuständigkeit

Der Streit über einen Vertrag zwischen einem Berater und einem Künstler mit einer Regelung, nach der die Vergütung für die Dienste des Beraters nach tatsächlich geflossenen Zahlungen der GEMA und/oder GVL zu berechnen ist, muss keine Urheberrechtsstreitigkeit im Sinne von §§ 104, 105 UrhG sein.

zu 4: 32 SA 5/18 Beschluss vom 09.04.2018
Gerichtsstandbestimmung, Kompetenzkonflikt, formlose Abgabeverfügung, Vollstreckungsschutzantrag, Vollstreckungsgegenklage

Die Voraussetzungen für eine Gerichtsstandbestimmung gem. § 36 Abs. 1 Nr. 6 ZPO liegen nicht vor, wenn ein Gericht ein Verfahren mit einer Verfügung formlos abgibt (hier Abgabe eines Vollstreckungsschutzantrages an das zuständige Vollstreckungsgericht) und sich die Abgabe ersichtlich nicht auf eine etwaige Vollstreckungsgegenklage gemäß § 767 ZPO bezieht, auf die sich ein Antragsteller im weiteren Verlauf des Verfahrens vor dem Vollstreckungsgericht beruft und die das Vollstreckungsgericht zum Gegenstand der eigenen Unzuständigkeitserklärung macht.

Familiensenate

zu 1: 2 UF 183/17 Beschluss vom 15.02.2018
Scheidungsfolgenvereinbarung

Zur ergänzenden Vertragsauslegung (§§ 133, 157 BGB) einer Scheidungsfolgenvereinbarung im Zusammenhang mit einer durch den Abschluss einer Rentenversicherung gesicherten Darlehensverbindlichkeit.

zu 2: 9 UF 168/17 Beschluss vom 20.11.2017
Verfahrensbeistand, Aufhebung, Zurückverweisung

Das Beschwerdegericht ist auch ohne entsprechenden Antrag zur Aufhebung und Zurückverweisung i. S. d. § 69 FamFG befugt, wenn das Familiengericht die notwendige Hinzuziehung eines Beteiligten - hier eines Verfahrensbeistands - veräußt hat.

Strafsenate

zu 1: 1 Vollz (Ws) 403-404/17 Beschluss vom 30.11.2017
Strafvollzug, Beendigung der Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Einrichtung; Amtsaufklärungspflicht der Strafvollstreckungskammer

Bei einer mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochtenen Beendigung der Unterbringung eines Gefangenen in einer sozialtherapeutischen Einrichtung (§ 13 Abs. 6 StVollzG NRW) kann der Grundsatz der Amtsermittlung (§ 120 Abs. 1 StVollzG i.V.m. § 244 Abs. 2 StPO) insbesondere dann die nähere Überprüfung der Tragfähigkeit einer maßgeblich auf das Verhalten und die Behandlungsmotivation des Betroffenen abstellenden Begründung zumindest durch Beziehung der diesbezüglichen Dokumentation in der Gefangenenpersonal- bzw. Behandlungsakte erforderlich machen, wenn die Begründung der Ablösungsentscheidung ohne hinreichend nachvollziehbare Erklärung inhaltlich in gravierendem Widerspruch zu verschiedenen bis kurz vor dieser Entscheidung erstellten Stellungnahmen und Vermerken der Vollzugseinrichtung steht.

zu 2: 1 Vollz(Ws) 450/17 Beschluss vom 28.11.2017
Strafvollzug; Verlegung in den offenen Vollzug; Begriff der Maßnahme im Sinne der §§ 109 ff. StVollzG

Wenn eine zuvor im Rahmen einer Vollzugsplankonferenz befürwortete Verlegung eines Strafgefangenen in den offenen Vollzug anschließend über mehrere Monate unter Hinweis auf ein laufendes strafrechtliches Ermittlungsverfahren nicht umgesetzt wird, handelt es sich unabhängig von der rechtlichen Qualifizierung dieses Vorgehens als Aufhebung, Abänderung oder Zurückstellung der früheren Verlegungsentscheidung um eine unmittelbar in die Rechte des Betroffenen eingreifende Maßnahme auf dem Gebiet des Strafvollzuges im Sinne der §§ 109 ff. StVollzG.

zu 3: 1 Vollz(Ws) 471/17 Beschluss vom 28.11.2017
Erledigung in der Hauptsache, Verlegung in eine andere Anstalt, Antrag Dritter, Verweisung des Verfahrens an die zuständige Strafvollstreckungskammer

Die zu der Frage entwickelten Grundsätze, ob eine Verlegung des Betroffenen in eine andere JVA zur Erledigung in der Hauptsache führt (*Abhängigkeit von einer Fortwirkung der betreffenden Maßnahme; Erledigung, wenn die Maßnahme, die Verfahrensgegenstand ist, von den Verhältnissen in der damaligen Anstalt abhängt, keine Erledigung, wenn die Maßnahme durch die Person des Betroffenen veranlasst ist, vgl. Senat, Beschluss vom 09. Mai 2017 – 1 Vollz (Ws) 172/17 –, juris*), gelten nach Bewertung des Senats entsprechend, wenn das Verfahren auf gerichtliche Entscheidung von einem Dritten geführt wird und die angefochtene Entscheidung ausschließlich durch in der Person des Strafgefangenen bzw. des Dritten liegende Umstände begründet ist.

zu 4: 1 Ws 561 und 568/17 Beschluss vom 19.12.2017
Führungsaufsicht, strafbewehrte Weisung, Anzeige des Wohnsitzwechsels, Meldepflicht bei der Agentur für Arbeit, Bestimmtheitsgebot

1.

Gemäß § 68b Abs. 1 Ziff. 8 StGB ist die Verpflichtung zur Anzeige eines Wohnsitzwechsels nur gegenüber der Aufsichtsstelle als strafbewehrte Weisung möglich, nicht dagegen gegenüber einer anderen Dienststelle oder im Verhältnis zum Bewährungshelfer. Eine diesbezügliche Meldepflicht bei dem Bewährungshelfer kann dem Verurteilten allerdings als - nicht strafbewehrte - Weisung nach § 68b Abs. 2 StGB auferlegt werden (abweichend von OLG Koblenz, Beschluss vom 14.07.2014 - 2 Ws 340/14 – (juris) sowie OLG Hamm, Beschluss vom 10.01.2017 - III-3 Ws 457/16).

2.

Die strafbewehrte Weisung, sich im Falle der Erwerbslosigkeit bei der zuständigen Agentur für Arbeit oder einer anderen zur Arbeitsplatzvermittlung zugelassenen Stelle zu melden (§ 68b Abs. 1 Ziff. 9 StGB), genügt nur dann dem Bestimmtheitsgebot, wenn gleichzeitig ein Zeitpunkt, bis zu dem eine Meldung zu erfolgen hat und ab dessen Überschreitung eine Strafbarkeit gegeben ist, angeordnet ist.

zu 5: 4 (s) Sbd. I 1/18 Beschluss vom 25.01.2018
Verfahrensverbindung, Grundsatz der Spezialität

Im Rahmen einer Verfahrensverbindung nach §§ 3, 4 StPO ist der Grundsatz der Spezialität durch das mit der Verbindungsfrage befasste Gericht nicht zu prüfen.

zu 6: 4 RBs 24/18 Beschluss vom 15.02.2018
Verfahrensrüge, Verfahrenshindernis, Verfahrensvoraussetzung, Sachrüge, Auslegung, Rechtsmittel

Eine im Rechtsbeschwerdeverfahren erhobene „Verfahrensrüge“ betreffend Verfahrenshindernisse (hier: zu unbestimmte Tatumschreibung im Bußgeldbescheid)

kann als Sachrüge, begrenzt auf die Überprüfung von Verfahrenshindernissen, auszulegen sein.

**zu 7: 4 RBs 491/17 Beschluss vom 25.01.2018
Ladungssicherheit, Halter, Kontrolle**

Zu den Kontrollanforderungen bzgl. der Ladungssicherheit, Zumutbarkeit stichprobenartiger Kontrollen.

**zu 8: 4 Ws 1/18 Beschluss vom 08.02.2018
Klageerzwingungsverfahren, Prozesskostenhilfe, Frist, Formblatt**

Ein Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe für die Anbringung eines Antrags auf gerichtliche Entscheidung im Rahmen eines Klageerzwingungsverfahrens ist grds. innerhalb der Monatsfrist des § 172 Abs. 2 StPO bei gleichzeitiger Darlegung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unter Verwendung des PKH-Vordruck-VO gem. § 117 Abs. 4 ZPO i.V.m. der PKH-Vordruck-VO anzubringen.

Hinweis:

- ❖ Die Rechtsprechungsübersicht aktuell finden Sie ebenfalls im Bezirks-Infodienst unter "OLG Hamm/Dezernat 8/Informationen".
 - ❖ Die in der Übersicht genannten Entscheidungen stehen Ihnen in der Rechtsprechungsdatenbank (**NRWE**ntscheidungen) der Gerichte in Nordrhein-Westfalen im Volltext zur Verfügung.
 - ❖ Die Datenbank im NRW-Justizportal ist auch direkt über die Adresse www.nrwe.de erreichbar.
- Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm
verantwortlich: Vorsitzender Richter am OLG Christian Nubbemeyer, Pressesprecher
☎ 02381 272-4925 * 📠 02381 272-528 * e-mail pressestelle@olg-hamm.nrw.de
www.olg-hamm.nrw.de